

Unverkäufliche Leseprobe



Bernd Faulenbach
Geschichte der SPD
Von den Anfängen bis zur Gegenwart

144 Seiten, Paperback
ISBN: 978-3-406-63717-9

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/10250078>

I. Dimensionen der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Ihre Wurzeln reichen bis in die Zeit der Revolution von 1848 zurück, und organisatorische Kontinuität lässt sich von 1863 an konstatieren: Damit ist die deutsche sozialdemokratische Partei die älteste deutsche Partei und eine der ältesten Parteien Europas. 2013 kann sie auf eine mindestens 150-jährige Geschichte zurückblicken. Sie ist zweifellos ein wichtiger Faktor der deutschen Geschichte, der – zumindest zeitweilig – Einfluss über den deutschen Rahmen hinaus ausgeübt hat: Sie war Vorbild für andere Parteien der europäischen Arbeiterbewegung. Die von ihr geprägte Politik hatte Relevanz über Deutschland hinaus.

Und doch werden gegenwärtig kritische Fragen zur Sozialdemokratie gestellt. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte sie mit 23 % ein verheerend schlechtes Wahlergebnis. Auch im europäischen Zusammenhang wird von einer Krise der Sozialdemokratie gesprochen – in der Tat regiert sie derzeit nur in wenigen europäischen Ländern. Ist die große Zeit der Sozialdemokratie vorüber?

Schon in den 1980er Jahren sah Ralf Dahrendorf das «sozialdemokratische Jahrhundert» zu Ende gehen, vor allem deshalb, weil sie ihre wichtigsten Ziele erreicht habe, jedenfalls in Westeuropa, wo nur noch wenig auszubauen, im Übrigen aber das Erreichte zu verteidigen sei. Dies war vor der beschleunigten Globalisierung, in einer Zeit, als der Neoliberalismus sich anschickte, zur dominanten Ideologie des Westens zu werden. Die Folgen des damit einhergehenden Marktradikalismus werden heute sichtbar. Die Bedeutung der Regulierung des Kapitalismus und sozialstaatlicher Sicherung wird wieder verstärkt beachtet. Jetzt wird von einer «Sozialdemokratisierung» der anderen Parteien gesprochen. Dies lässt eine Aktualisierung

sozialdemokratischer Vorstellungen erkennen, die allerdings nicht unbedingt zu einem erneuten Aufstieg der Sozialdemokratie führen muss.

Ungeachtet der Aufgeregtheiten gegenwärtiger Diskussionen stellt sich die Frage nach dem historischen Ort, der historischen Rolle und der Kontextualität der Sozialdemokratie sowie die damit zusammenhängende Frage ihrer Identität, die offensichtlich dem Wandel unterworfen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Sozialdemokratie sich als Teil der europäischen Emanzipationsbewegung entwickelte und doch zugleich mit der deutschen Geschichte und ihren Problemen eng verweben war, so dass sich eine Reihe von Fragenkomplexen ergibt.

1. Die deutsche Sozialdemokratie entwickelte sich vor dem Hintergrund ökonomisch-gesellschaftlicher Prozesse, die man mit Stichworten wie Industrialisierung, Hochindustrialisierung, Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft, mit Klassenbildung, Urbanisierung, sozialer Differenzierung und Individualisierung, mit kulturellem Wandel, Expansion des Bildungssystems und Entstehung einer Wissensgesellschaft umschreiben mag. Es waren Konflikte zwischen Kapital und Arbeit, die lange Zeit die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften vorrangig beschäftigt haben. Zu fragen ist, welche Politik die Sozialdemokratie betrieb zur Bewältigung der sozialen Frage, die von den Arbeitern als existentielle Unsicherheit, Ausbeutung und Abhängigkeit, doch auch als staatliche Repression erlebt wurde. Man kann weiter fragen, was zu den verschiedenen Zeiten als «soziale Frage» begriffen worden ist, auch welche Relevanz diese Frage heute noch hat – angesichts anderer Fragen wie der des Klimas, der Ökologie, doch auch der Migration und des Terrorismus.
2. Die Sozialdemokratische Partei ist stets mindestens ebenso eine politische wie eine soziale Bewegung gewesen. Damit aber sah sie sich mit den großen nationalen und anderen wichtigen politischen Fragen konfrontiert. Welche Rolle spielte die Partei, die sich internationalistisch gab, in der «verspäte-

ten Nation», im Hinblick auf den schwierigen Prozess der Nationalstaatsbildung, der durch Bismarcks Politik entschieden wurde, gegenüber dem Ersten Weltkrieg, dann gegenüber dem Versailler Vertrag und der Frage des erneuten Aufstiegs, später gegenüber der deutschen Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg und der unerwarteten Wiedervereinigung 1989/90?

Verwoben damit war ihr Verhältnis zum Obrigkeitsstaat, ihre Bedeutung für die Durchsetzung der demokratischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg und bei der Erarbeitung des Grundgesetzes und beim Aufbau der Bundesrepublik und später bei der Realisierung der Demokratie im vereinigten Deutschland. Keine Frage, dass sich die Geschichte der Demokratie in Deutschland nicht ohne Sozialdemokratie schreiben lässt.

Zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts gehören die beiden Weltkriege, insbesondere die «deutsche Katastrophe» der NS-Zeit, des Zweiten Weltkrieges und des Judenmordes in seiner Einzigartigkeit. Man hat vom besonderen «deutschen Weg», der in Krieg und Holocaust kulminierte, gesprochen. Inwieweit repräsentiert die Sozialdemokratie, die sich Hitler und dem «Dritten Reich» entgegengestellt hat, so etwas wie die virtuelle Gegengeschichte zum «deutschen Sonderweg»? Und wenn die deutsche Geschichte seit dem 19. Jahrhundert durch tiefe Brüche gekennzeichnet ist, inwieweit verkörperte sie Kontinuität, das Durchhaltende im Wandel?

In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage, wie die Sozialdemokratie sich gegenüber dem «Osten», dem zaristischen Russland und dann der Sowjetunion auf der einen Seite und dem «Westen» (was immer man darunter verstand) und der «Westernisierung» auf der anderen Seite verhielt.

3. Zu betrachten ist auch die innere Entwicklung dieser politisch-sozialen Bewegung: die soziale Zusammensetzung, die Willensbildung, die Rolle von Führung und Funktionären, die Bedeutung der Zentrale und der regionalen Gliederungen, die Flügelbildung, die Programmatik und die konkrete Poli-

tik, die von ihr in Regierungen und anderen Mandaten und Ämtern geleistet wurde. Ein besonderes Thema sind dabei die Rezeption des Marxismus und seine Modifizierung und Relativierung, auch die weltanschauliche Grundlage und der Geschichtsglaube. Die Sozialdemokratie ist bis heute – ungleich stärker als die anderen Parteien – eine programmbewusste Partei; die programmatische Entwicklung ist deshalb von besonderem Interesse. Dies gilt aber auch für die politische Kultur, für die Umfelder, die der Partei nahestehenden Organisationen (im Kaiserreich und in der Zeit der Weimarer Republik die Arbeiterkulturorganisationen) und die ganze Zeit über für das Verhältnis zu den Gewerkschaften, die seit dem Zweiten Weltkrieg in einer die Richtungsgewerkschaften überwindenden Einheitsgewerkschaft organisiert sind.

Zu dieser Geschichte gehören auch die Abspaltung der kommunistischen Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg und das von Anfang an höchst problematische Verhältnis von Sozialdemokratie und KPD, auch die 1946 – mit Mitteln des Zwangs und der Täuschung wesentlich mit herbeigeführte – Verschmelzung von SPD und KPD zur SED in der Sowjetisch Besetzten Zone, die das Verhältnis von SPD und SED, die innerhalb weniger Jahre zur kommunistischen Kaderpartei transformiert wurde, über Jahrzehnte bestimmte. Selbstverständlich ist auch von Interesse, welche Parteien und Gruppen in der SPD aufgegangen sind. Die SPD war keine Sammlungspartei, doch fanden Linksliberale, später auch das Gros der GVP den Weg in die SPD.

4. Die meiste Zeit war die SPD in ihrer Geschichte – jedenfalls auf gesamtstaatlicher Ebene – Oppositionspartei, bis auf einige Jahre in der Weimarer Republik (1918–1922 mit Unterbrechungen sowie 1928–1930), in der alten Bundesrepublik in den Jahren 1966–1982 und im vereinigten Deutschland 1998–2009. Die Schwierigkeit, an die Macht zu kommen und sich hier zu behaupten, ist deshalb besonders zu beachten. Die Lage der Partei in der Gesellschaft und im Parteiensystem muss dabei mitgedacht werden, auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den anderen Parteien und zum je-

weiligen Regierungshandeln. Auch das Bild, das die anderen Parteien und die Öffentlichkeit von der Sozialdemokratie hatten, ist von Relevanz bis hin zu antisozialdemokratischen Strategien. Schließlich sind auch das Verhältnis zu den Schwesterparteien im benachbarten Ausland und ihre Rolle in der Sozialistischen Internationale bei dieser internationalistischen Partei zu beleuchten. Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist mit der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung verflochten.

Überblickt man von heute aus die bisherige Geschichte der deutschen Sozialdemokratie als Ganze, so lassen sich zwei etwa gleich große Teile unterscheiden, die durch die NS-Zeit getrennt werden, in der die SPD im Reich verboten war und nur in der Emigration weiter bestand – der Parteivorstand hielt sich in Prag und dann in London auf. Die Bedeutung der Zäsur ist näher zu bestimmen.

Am Ende gilt es, die Frage nach der sozialdemokratischen Identität heute und nach der Bedeutung der 150-jährigen Geschichte zu beantworten. Historiographisch steht die Arbeiterbewegung gegenwärtig nicht im Zentrum des Interesses, wie dies in den 60er und 70er Jahren der Fall war, was mit der Zeit ihrer größten Erfolge in der Nachkriegszeit zusammenfällt. Bei aller Unterschiedlichkeit zur damaligen Zeit erscheint es jedoch überfällig, den gegenwärtigen Diskussionsstand zu bündeln und dabei politik-, sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven zu verknüpfen.

II. Die formative Phase der Sozialdemokratie

Welche Ereignisse als Gründung der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten sind, ist bis in die Gegenwart strittig und wird von richtungspolitischen Erwägungen mitbestimmt. Meist gilt heute der 23. Mai 1863, an dem der Allgemeine Deutsche Ar-

beiterverein (ADAV) in Leipzig gegründet wurde, als eigentlicher Gründungstag. Gewiss mit guten Gründen, doch sind zumindest die größeren Kontexte mitzusehen.

Die Gründung der sozialdemokratischen Partei erfolgte in einer Zeit, in der die Industrialisierung in Deutschland massiv eingesetzt hatte, damit die soziale Frage eine neue Ausformung erhielt, in der die «verspätete» deutsche Nationalstaatsbildung in ihre entscheidende Phase trat und auch der Übergang zum Verfassungsstaat mit parlamentarischen Beteiligungsformen auf der Tagesordnung stand, d. h. in einer Zeit, in der gerade in Deutschland sich verschiedene Probleme überlagerten.

Bemerkenswerterweise erfolgte die Gründung der sozialdemokratischen Partei deutlich früher als in den anderen europäischen Ländern, etwa als in England, Frankreich und Italien, was auf verschiedenartige politisch-gesellschaftliche Verhältnisse verweist.

Gründungsereignisse

Die Gründung der Sozialdemokratie ist einzuordnen in den mit Aufklärung und Französischer Revolution einsetzenden europäischen Emanzipationsprozess. Dabei mag man die Revolution von 1848/49 als Prolog, die 60er und 70er Jahre aber als formative Phase der deutschen Sozialdemokratie bezeichnen.

In der Revolution von 1848/49, in der die deutsche Staatenwelt mit ihrer Gesellschaft kräftig durchgeschüttelt wurde, ohne dass eine neue Struktur entstanden wäre, sich immerhin jedoch ein nationaler Kommunikationszusammenhang dauerhaft konstituierte, artikulierten sich verstärkt auch die im Vormärz oder in der Revolution entstandenen Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine, insbesondere auch auf Volksversammlungen. Im April 1848 entstand in Berlin das «Central-Comité der Arbeiter» unter Führung des Schriftsetzers Stephan Born, das für den 23. August einen «Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Kongress» nach Berlin einberief. An diesem Tage wurde dann eine Föderation von Arbeitervereinen gegründet, die sich Allgemeine (Deutsche) Arbeiterverbrüderung nannte und als ihren Sitz Leipzig wählte. Sie verfocht als politisch-gesellschaftliche Reformbewegung all-

gemeine politische und soziale Ziele, versuchte aber auch die Unterstützungskassen für Gesellen und kleine Meister zusammenzuschließen. Mit der Reaktion entfielen die Voraussetzungen für die Arbeiterverbrüderung.

Mit der «Neuen Ära» in Preußen, beeinflusst auch von der italienischen Entwicklung, veränderte sich das Zeitklima. Eine neue Nationalbewegung entstand und mit ihr und teilweise verbunden mit ihr auch wiederum Arbeitervereine, die seit 1862 begannen, sich gegen die bürgerlich-liberale Bevormundung zu wehren, so dass sich die Forderung nach einem Zusammenschluss unabhängiger Arbeitervereine erhob. In dieser Konstellation bat die Mehrheit des Leipziger Komitees unter Führung des Schuhmachermeisters Julius Vahlteich und des Zigarrenarbeiters Friedrich Wilhelm Fritzsche den Publizisten Ferdinand Lassalle, der sich im Frühjahr 1862 in Reden und Publikationen «Über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes» geäußert hatte, um eine Stellungnahme zur Situation, die dieser am 1. März 1863 mit seinem «Offenen Antwortschreiben» gab, in dem er seine Ideen zur Verbesserung der politischen und sozialen Lage der Arbeiter darlegte, sich für unabhängige Arbeiterparteien aussprach, das allgemeine Wahlrecht und auch die Einrichtung von Arbeiterproduktionsgenossenschaften mit staatlicher Hilfe forderte. Der Zusammenschluss wurde am 23. Mai 1863 von den Delegierten aus elf Orten unter dem Namen «Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein» gegründet und Ferdinand Lassalle zu dessen Präsidenten gewählt. Lassalle schwebte eine radikal-demokratische Bewegung vor, die er geradezu diktatorisch führte.

Der ADAV wuchs nicht so schnell, wie Lassalle angenommen hatte. Ende 1864 gehörten ihm ca. 4600 Mitglieder an. Gravierend war dann der frühe Tod Ferdinand Lassalles, der bei einem Duell um eine Frau starb – ein für einen demokratischen Arbeiterführer gewiss ungewöhnlicher Tod, der zwar keineswegs eine Verklärung und Mythisierung Lassalles beeinträchtigte, doch zu heftigen Auseinandersetzungen um seine Nachfolge führte, in denen sich Gruppen um die Gräfin von Hatzfeldt und um das Parteiblatt «Sozialdemokrat» bekämpften, sich

schließlich aber Johann Baptist von Schweitzer, der zur letztgenannten Gruppe gehörte, durchsetzte. Erhebliche innere Spannungen zwischen zentralistischer Führung auf der einen Seite und den Demokratisierungstendenzen der Basis auf der anderen Seite belasteten den ADAV, der in Sachsen und im Rheinland regionale Schwerpunkte hatte. Probleme gab es auch mit vom ADAV initiierten Gewerkschaftsgründungen.

Neben dem ADAV gab es noch einen zweiten Gründungsstrang, der sich ebenfalls aus den Arbeitervereinen rekrutierte (VDAV), die mit dem linken Liberalismus verbunden blieben und ab 1868 eine Nähe zur demokratischen sächsischen Volkspartei aufwiesen. Auf dem Gründungskongress vom 7. bis 9. August 1869 entstand in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP), die fortan die «Eisenacher» Richtung der Arbeiterbewegung genannt wurde. Diese Partei mit ihren Führungsfiguren August Bebel und Wilhelm Liebknecht hatte regionale Schwerpunkte in Sachsen, Thüringen, im Raum Nürnberg-Fürth, in der Region Braunschweig sowie Württemberg, während der ADAV in Norddeutschland, in preußischen Kerngebieten, Hamburg, Berlin und Rheinland weiterhin den Ton angab. Die SDAP forderte die Errichtung des freien «Volksstaates», auch das gleiche allgemeine direkte Wahlrecht, das wie beim ADAV mit weiteren politischen und sozialen Forderungen verbunden wurde. Deutlich unterschiedlich waren die Positionen in der nationalen Frage. Die Lassalleaner plädierten für eine preußisch-kleindeutsche, die Eisenacher für eine großdeutsch-föderative Lösung.

Das Verhältnis der beiden Parteien war Anfang der 70er Jahre durch eine scharfe Konkurrenz und Krawalle gekennzeichnet. Allerdings gerieten beide in Gegensatz zur Bismarckschen Reichsgründung und zur Bismarckschen Politik, als sie sich gegen die Annexion von Elsass-Lothringen aussprachen und für den Aufstand der Pariser Commune Partei ergriffen. Damit waren ADAV und SDAP staatlichen Repressionsmaßnahmen ausgesetzt. Diese Erfahrung, ein wachsender Einigungsdruck von der Basis her und die positiven Resultate bei Wahlbündnissen, erleichterten die Annäherung der beiden Parteien, die schließ-

lich zum Gothaer Vereinigungsparteitag vom 23. bis 27. Mai 1875 führte. 74 Delegierte, die 15 322 ADAV-Mitglieder vertraten, und 56 Delegierte der SDAP, die 9121 Mitglieder repräsentierten, kamen zusammen, um die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands zu gründen. Sie beschlossen ein gemeinsames Programm, in dem beide Richtungen sich wiedererkennen konnten. Die unterschiedlichen Positionen in der nationalen Frage waren durch die politische Entwicklung obsolet geworden. Das Programm, das Marx einer kritischen Polemik unterzog, forderte nicht weniger als «die Beseitigung aller politischen und sozialen Ungleichheit», erhob soziale Forderungen wie eine gesetzliche Arbeitszeitbegrenzung, Erhöhung der Löhne, Arbeitsschutzbestimmungen, ein Verbot von Kinderarbeit und ein uneingeschränktes Koalitionsrecht wie auch Vereins- und Versammlungsfreiheit. An politischen Forderungen enthielt das Programm das allgemeine gleiche Wahlrecht und die politische Demokratie mit einer plebiszitären Komponente.

Soziale Basis und politische Ziele

Die eigentlichen Träger des Gründungsprozesses waren in den 60er Jahren Handwerkergesellen und kleine Meister – so hat Thomas Welskopp gezeigt –, die nicht mehr die Rückkehr zu einer Zunftordnung als Ziel verfolgten, sich jedoch durch das Vordringen des Kapitalismus bedroht fühlten. Die Parteigründung resultierte nicht aus dem Versuch bloßer Interessenvertretung, sondern zielte auf eine neue demokratische Ordnung, in der die Handwerker als Bürger und Kleinproduzenten leben und wirken konnten. Der Arbeiter-Begriff war dabei ganz unspezifisch und weit gefasst. Als Arbeiter wurde die große Mehrheit der Handarbeitenden aufgefasst. Die Arbeiter waren das «eigentliche Volk». Von ihrer Entstehung her ist die Sozialdemokratie eine Volkspartei.

Die Lohnarbeit weitete sich rasch aus, doch bildeten auch in der Folgezeit Handwerker und industrielle Facharbeiter die Kerngruppe der Sozialdemokratie. Gewiss wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts auch die Massen ungelernter Arbeiter durch

die Sozialdemokratie erreicht, doch blieben Handwerker und Facharbeiter unter den führenden Sozialdemokraten auffällig häufig vertreten – über das 19. Jahrhundert hinaus. Man denke an Persönlichkeiten wie August Bebel, Wilhelm Hasenclever, Friedrich Ebert, Wilhelm Keil, Otto Wels oder Paul Löbe. Viele Arbeiter waren jedoch nur für gewerkschaftliches Handeln, Streiks und Protestverhalten zu gewinnen.

Allerdings gehörten auch von Anfang an bürgerliche Intellektuelle mit akademischer Bildung hinzu, die teilweise eine führende Rolle spielten. In der Frühphase zu nennen sind Ferdinand Lassalle, Johann Baptist von Schweitzer oder auch Wilhelm Liebknecht.

In der Gründungsperiode der 60er Jahre spielten in der sich formierenden Arbeiterbewegung etliche «1848er» noch eine Rolle; sie verkörperten ein Stück weit die Verbindung der Gründer mit der Revolution von 1848. Die Mehrzahl der in der Gründungsperiode Engagierten war jedoch wie August Bebel jünger (Jahrgang 1840), wie überhaupt die Sozialdemokratie in der Gründungsperiode überwiegend eine Partei der Jungen war.

Manche frühen Sozialdemokraten – Handwerker wie Intellektuelle – waren mit dem politisch-intellektuell fortgeschrittenen Westen in Berührung gekommen und fungierten deshalb als Mittler von Ideen aus dem Westen. Doch mit der raschen Industrialisierung begann auch ein Prozess der Homogenisierung der Arbeiter, was einen Klassenbildungsprozess erleichterte, der jedoch nicht naturwüchsig erfolgte, sondern Ergebnis von Bestrebungen der Arbeiterbewegung war, deren politische Ziele allerdings noch keineswegs unstrittig waren.

Nicht nur nationalpolitisch und organisationspolitisch, sondern auch in theoretischen Fragen gab es Unterschiede zwischen beiden Richtungen. So vertrat Lassalle sein «ehernes Lohngesetz», nach dem die Löhne niemals die Höhe überstiegen, die zum Überleben des Proletariats nötig seien – ein Gesetz, das die Eisenacher nicht bejahten und das gleichwohl in das Gothaer Programm aufgenommen wurde.

Entscheidend war, dass die frühe Sozialdemokratie Forderungen kombinierte, die zum einen Demokratie durchzusetzen

suchten – allgemeines Wahlrecht, Volksgesetzgebung, Geschworenengerichte, Presse-, Vereins- und Koalitionsfreiheit –, auf der anderen Seite aber die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessern sollten, etwa durch die Einführung des Normalarbeitstages, Verbot der Sonntags- und der Kinderarbeit, Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, die Förderung von Produktivgenossenschaften u. a. So war die Sozialdemokratie demokratische Volkspartei, die die Traditionen der Revolution von 1848 weiterführte, die auch symbolisch gepflegt wurden, doch auch Partei des Vierten Standes, der insbesondere die soziale Frage lösen wollte.

Mit der Spannung zwischen dem umfassenden «theoretischen» Entwurf zur Gesellschaftsveränderung (Befreiung der Arbeiter und der Arbeiterklasse im Gothaer Programm) und einer Vielzahl von konkreten Reformforderungen deutet sich ein weiterer Grundzug der Sozialdemokratie an: der Gegensatz zwischen Utopie und konkretem Reformismus.

[...]

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de